

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/67

9. April 1975

Sozialer Revolutionär und Patriot

Zum 150. Geburtstag von Ferdinand Lassalle

Von Heinz Kühn

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellv.
Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 88 Zeilen

Dr. Kohl hat keine Alternativen

Auch in der Gastarbeiterfrage tritt die CDU/CSU auf der
Stelle

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Arbeit und Soziales

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

"Sonnhofen" prägt auch CDU/CSU-Außenpolitik

Gefährliche Strukturwandlungen in der Opposition

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Orwells "1984" findet nicht statt

Parlamentsausschuß kontrolliert Hessens Computer

Von Jürgen Klackain MdL

Vorsitzender des Ausschusses für elektronische Daten-
verarbeitung beim hessischen Landtag

Seite 7 / 25 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 26 37 - 30
Telefax: 02 26 645 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Sozialer Revolutionär und Patriot

Zum 150. Geburtstag von Ferdinand Lassalle

Von Heinz Kühn

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellv. Vorsitzender der SPD

Mit seinem 1863 in Leipzig gegründeten "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" wurde der Anfang der SPD gesetzt; sein Ziel, Emanzipation der Arbeiterschaft durch freies Wahlrecht zu mündigen Bürgern in einem demokratischen Staat mit sozialer Gerechtigkeit und Frieden, bestimmte entscheidend die Richtung der Bewegung des freiheitlichen Sozialismus. Am 11. April 1825 wurde er in Breslau geboren: Ferdinand Lassalle.

An sein Erbe knüpfte Kurt Schumacher die wiederauferstehende Sozialdemokratie nach Faschismus und Weltkrieg. Daher forderte er 1946 anstelle des Klassenkampfes der Arbeiterklasse "den politischen Kampf aller Schaffenden, die auf den Ertrag der eigenen Arbeit angewiesen sind". Und in seinen Politischen Richtlinien für die SPD von 1945 gab er der Partei die Aufgabe, das politische Bewußtsein der Mittelschichten neu zu formen. In die SPD einbezogen werden sollten "der Mittelstand in Stadt und Land, der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Bauer und die Intellektuellen".

So hieß es denn in der Präambel des 1954 verabschiedeten Berliner Parteiprogramm der SPD: "Die Sozialdemokratie ist aus der Partei der Arbeiterklasse ... zur Partei des Volkes geworden. Die Arbeiterschaft bildet dabei den Kern ihrer Mitglieder und Wähler. Der Kampf und die Arbeit der Sozialdemokratie aber liegen im Interesse aller, die ohne Rücksicht auf engherzig gehütete Vorrechte, für soziale Gerechtigkeit, für politische und wirtschaftliche Demokratie, für geistige Freiheit und Toleranz, für nationale Einheit und internationale Zusammenarbeit eintreten." Oder, um in den Worten des Godesberger Programms von 1959 zu sprechen: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen."

In einem Augenblick, wo Kräfte, die im historischen Sinne nichts anderes sind, als Nachgeburten einer unsaligen Vergangenheit, wieder ihr Haupt und ihre Stimme zu erheben beginnen, um mit dem Wort Patriotismus ein gefährlich Spiel zu treiben, fürchten wir den Begriff Patriotismus nicht! Wir stehen in einer aufzeigenswerten Tradition! Und sie führt wieder auf Lassalle zurück.

Friedrich Neumann, der große Liberale, schreibt in seinem Buch "Demokratie und Kaisertum" über jene Zeit, in der Ferdinand Lassalle zu wirken begann: "Nationalsein war etwas Revolutionäres, denn niemals konnte, das war klar, Deutschland ein großes einiges Volk werden, ohne Bruch der fast 40 Souveränitäten, diese Monarchien zu erhalten, war damals staatsbehaltend. Der gute Bürger hielt sich fern vom nationalen Geiste. Er war nicht national, sondern "königtreu". Wer Ferdinand Lassalles demokratischen Patriotismus und Nationalsein nachlesen will, findet in den 12 Bänden der von Eduard Bernstein besorgten Ausgabe seiner Werke Beweis in Fülle. August Bebel hat dieser Gewinnung im kaiserlichen Reichstag als das Wort von den Sozialdemokraten als "vaterlandlosen Gesellen" fiel, in leidenschaftlicher Anklage den Konservativen ins Gesicht geschleudert: "Dieses unser Vaterland

wollen wir zu einem Lande machen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht."

Dieser Gesinnung begegnen wir überall im sozialdemokratischen Denken Europas, so im Wort von Jean Jaurès, des französischen Zeitgenossen von August Bebel: "Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern." Oder in dem anderen französisch-bildhaften Satz dieses Märtyrers der deutsch-französischen Solidarität: "Jede Nation schwingende Saite an der Lyra der Menschheit." Und ich möchte auch erinnern an Otto Bauer, den 1936 im Pariser Exil verstorbenen Führer der österreichischen Sozialdemokraten, der um die Jahrhundertwende im österreichischen Vielvölkerstaat ein Buch schrieb mit der Forderung, die Staatenation zur Kulturnation zu entwickeln, indem die "kulturellen Hinterlassenschaften der Nation", die Benachteiligten, deren Begabungsreserven verkümmern und damit der nationalen Kulturentwicklung verloren gehen, konsumierend und produzierend, anteilnehmend und bereichernd an die Kulturgüter herangeführt werden und damit zur reicheren Entfaltung der nationalen Kultur beitragen. Dies alles sind sozialdemokratische Gedanken zu Patriotismus und Vaterland. Auch wo sie draußen in der Welt nicht lassalleanischem Ursprung entspringen, für uns deutsche Sozialdemokraten gehen sie auf ihn zurück. Und wenn wir alle auch mit Romain Rolland sagen: "Mein Vaterland ist überall, wo die Freiheit bedroht ist." Wir leugnen unseren Patriotismus nicht!

In diesem Zusammenhang sei einer Episode gedacht, die oft auf das Prokrustesbett der Geschichtsdeutung gezerrt worden ist: die Begegnung Lassalles mit Bismarck. Als in den zwanziger Jahren ein alter, baufälliger Aktenschrank in den Preußischen Archiven auseinanderbrach, fand man einen Teil des Briefwechsels zwischen beiden. Das, was man sehr waghalsig das "Bündnis" des Preußen Bismarck und des Sozialisten Lassalle genannt hat, die Idee eines "sozialen Königtums", eines Bündnisses zwischen Arbeiterbewegung und Königtum, war es gewiß weniger, was diese beiden genialen Männer zusammenführte, als vielmehr eher die unterschiedlich begründete gemeinsame Abneigung gegen den besitzbürgerlichen Liberalismus, den feudale Monarchie und industrielles Proletariat gleichermaßen, wenn auch aus unterschiedlichster Interessenlage, als Gegner empfanden.

Übrigens berichtet Churchill in seinen Aufzeichnungen zur europäischen Geschichte, daß sich um die Jahrhundertmitte - zur Zeit Peels und Disraelis - eine Gruppe von Konservativen um einen Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung gegen das liberale Besitzbürgertum bemühten. Es ist gewiß keine Übertreibung zu sagen, so wie es Maihofer getan hat, daß erstmals in der Geschichte im sozial-liberalen Bündnis des Jahres 1969 - als späte Anknüpfung an das Jahr 1848 - der progressive Liberalismus und die soziale Demokratie zusammenfanden. (-/9.4.1975/bqy/pr)

+ + +

Dr. Kohl hat keine Alternativen

Auch in der Gastarbeiterfrage tritt die CDU/CSU auf der Stelle

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales

Unter dem Titel "Wie glaubwürdig ist die CDU?" hatte sich der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl in einer Fernsehsendung am 18. März 1974 der erstaunten deutschen Öffentlichkeit mit der Feststellung präsentiert, daß die CDU in der Gastarbeiterfrage präzise und klare Aussagen mache. Auf diese Aussagen - von einem Programm ganz zu schweigen - wartet man freilich bis heute vergeblich. Auch ein Jahr später bot der CDU-Vorsitzende im CDU-Pressedienst keine Alternativen zur Ausländerpolitik der Bundesregierung an. Die Vorschläge Kohls bringen in ihrer Substanz keine Neuigkeiten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie bei ihren Maßnahmen zugunsten der ausländischen Arbeitnehmer einen Katalog von Selbstverständlichkeiten berücksichtigt.

Das gilt sowohl für die Kohl-Forderungen der Beibehaltung des Anwerbestops für ausländische Arbeitnehmer als auch für die konsequente Bekämpfung der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthaltes von Ausländern. Der CDU-Vorsitzende rennt einmal mehr offene Türen bei der Bundesregierung ein: Seit dem 23. November 1973 besteht bereits der Anwerbestop; die Bundesregierung hat immer wieder betont, daß sich der Anwerbestop bewährt hat und auch weiterhin beibehalten wird. Und bereits am 20. Februar 1975 hat der Bundesarbeitsminister im Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf zur verschärften Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung eingebracht. Danach sind bei gewerbsmäßigen oder groben Verstößen Freiheitsstrafen von sechs Monaten

bis zu fünf Jahren vorgesehen. Die verschärfte Bekämpfung der illegalen Beschäftigung von Ausländern liegt sowohl im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer als auch der von der Bundesregierung angestrebten Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung.

Auch was die Überlegungen der CDU hinsichtlich einer Verbesserung des aufenthaltsrechtlichen Status von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien angeht, die schon länger in der Bundesrepublik leben, profitiert die Opposition von den Vorarbeiten der Bundesregierung. Der Bundesregierung werden Maßnahmen nahegelegt, die sie ohnehin schon seit längerem praktiziert bzw. eingeleitet hat. Mit ihrem "Aktionsprogramm zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer" vom 6. Juni 1973 hat die Bundesregierung entscheidend zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung beigetragen und dort, wo die sozialen und gesellschaftlichen Probleme besonders groß sind, gezielt Hilfe geleistet.

Daß die CDU/CSU bisher noch kein Programm zur Ausländerbeschäftigung vorgelegt hat, überrascht gar nicht, denn die Interessen in den Reihen der Union sind zu unterschiedlich. So ist die Unions-Fraktion z.B. in der Frage der Zwangerotation ausländischer Arbeitnehmer zerstritten. Während Teile der Fraktion die Zwangerotation ablehnen, waren wiederholt aus den CDU/CSU-regierten Ländern Baden-Württemberg und Bayern gegensätzliche Meinungen zu hören.

Fazit: Im Gegensatz zur Opposition hat die Bundesregierung eine feste Konzeption in der Gastarbeiterfrage. Mit ihren Vorschlägen und Forderungen rennt die Union offene Türen bei der Bundesregierung ein. Alternativen jedenfalls zur Ausländerpolitik der Bundesregierung kann die Opposition nicht vorweisen.

(-/9.4.1975/ks/pr)

+ + +

"Bonthofen" prägt auch CDU/CSU-Außenpolitik

Gefährliche Strukturwandlungen in der Opposition

Van Dr. Lue Haltz MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In der CDU/CSU beginnen Stimmen die Oberhand zu gewinnen, die nicht nur eine untaugliche, undurchführbare und gefährliche Außenpolitik verfechten, sondern auch in zunehmendem Maße ihre Affinität zu Militärdiktatoren und Terrorregimen offenbaren. Immer lauter werden in der Oppositionsfraktion die Forderungen nach einer eigenen europäischen Atomstrommacht, einer Mitverfügung der Bundesrepublik über strategische Atomwaffen. Immer öfter melden sich Politiker der CDU/CSU zu Wort, die unverhohlen die enge Zusammenarbeit mit und energische Unterstützung von konservativen bis diktatorischen Regimen fordern. Gestärkt scheinen zur Zeit diejenigen in der Union zu sein, die sich seit den frühen 50er Jahren politisch nicht weiterentwickelt haben und überall dort die Freiheit genügend gewährleistet glauben, wo kein Kommunismus ist.

25 Jahre lang hat sich die CDU/CSU nicht um die Veränderung der innenpolitischen Zustände in Portugal gekümmert. Damals war der Union die außenpolitische Zuverlässigkeit Portugals in Form der Wahrung eines Status quo wichtiger als das politische und soziale Wohlergehen des Volkes. Heute sorgt sie sich um den Bestand der demokratischen Freiheiten, der ohne ihr Zutun, ja ohne die Sympathie vieler ihrer Mitglieder geschaffen worden ist. Maßgebliche Unions-Politiker pflegen heute den Umgang mit reaktionären Gruppen, deren politische und wirtschaftliche Macht zusammen mit dem Caetano-Regime verfallen war.

Auch die neue Diskussion um Chile ist ein markantes Beispiel für die wichtigste politische Strömung in den Unions-Parteien, die viele Ansätze mit sich reißt, denen die SPD voll zustimmen kann. In der entwicklungspolitischen Debatte am 14. März 1973 hatte der CSU-Abg. Hans Roser erklärt. "Wir fordern... die Bundesregierung auf, als bedeutsames Kriterium für entwicklungspolitische Leistungen die Respektierung der Menschenrechte mit auf-

9. April 1975

zunehmen, ausdrücklich. Organisationen und Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten, können nicht gleichbehandelt werden mit jenen Ländern, in denen die Menschenrechte unbestreitbar voll in Geltung sind oder die sie voll in Geltung setzen wollen."

Heute haben auch auf dem Feld der Entwicklungspolitik in der Union Leute mit eindeutigen recht dogmatischen Zielrichtungen das Sagen. Ein unverbindliches Kreditgespräch mit der Regierung Allende, das damals Proteste der Opposition hervorgerufen hatte, findet heute, da seine Realisierung einem terroristischen Militärregime zugute kommen würde, heftigste Unterstützung in der CDU/CSU. Einer legalen Regierung, die unter schwierigsten Bedingungen bei Wahrung der Verfassung und der Menschenrechte wichtige soziale Reformen zugunsten breiter Volksschichten durchgesetzt hatte, sollte damals nach dem Willen der CDU/CSU dasselbe verweigert werden, was sie nun in schrillen Tönen für ein quasi-faschistisches Regime fordert, das nach vorsichtigen Schätzungen 10.000 Tote auf dem Gewissen und mit einer entwicklungspolitischen kontraproduktiven Wirtschaftspolitik einen großen Teil der Bevölkerung in tiefes Elend gestürzt hat.

Daß die CDU/CSU ein schlüssiges außenpolitisches Konzept ebensowenig besitzt wie ein konstruktives innenpolitisches, das ist bekannt. Bekannt ist inzwischen auch, mit welchen Mitteln die Opposition die Macht zu erringen gewillt ist. Die Atomwaffenpläne, die portugiesischen Lamentos, die frenetische Unterstützung der chilenischen Junta zeigen, daß die heute bestimmenden Leute in der CDU/CSU ihre Neigung zu konservativen, reaktionären, diktatorischen Kreisen in außenpolitische Wirklichkeit umzusetzen versuchen würden - könnten sie es nur!

Die außenpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU sind gefährlich nicht nur wegen ihrer Realitätsferne. Sie sind es auch wegen ihrer psychologischen Auswirkungen bei Freunden und Nachbarn, von denen viele solche Töne aus einer dunklen Schreckenszeit nicht vergessen haben. Sie sind es wegen der Isolation, in die wir getrieben werden können, zusammen mit einigen geächteten Terrorregimen. Sie sind es vor allem aber auch deshalb, weil niemand sich vorstellen kann, daß die Außenpolitik der CDU/CSU ihren innenpolitischen Plänen wesensfremd sein könnte. Sie sind es, weil sie zeigen, daß "Sonthofen" nicht vor unseren Grenzen halt macht. Die CDU/CSU selbst bestimmt, welche politischen Kräfte in ihr die Richtung bestimmen. Die große Mehrheit der Bevölkerung wird auch diese "außenpolitische Sonthofen" verurteilen.

(-/9.4.1975/ks/pr)

+ + +

Orwells "1984" findet nicht statt

Parlamentarisausschuß kontrolliert Hessens Computer

Von Jürgen Klockein MdL

Vorsitzender des Ausschusses für elektronische
Datenverarbeitung beim hessischen Landtag

Der hessische Landtag leistete wieder einmal Schrittmacherdienste. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode konstituierte sich der Ausschuß für elektronische Datenverarbeitung.

Damit wird ein fehlendes Glied in der Kette Landesregierung - Datenschutzbeauftragter - Parlament geschlossen. Durch die Bestellung eines selbständigen Ausschusses betont der hessische Landtag die Bedeutung des Datenschutzes im Gefüge der elektronischen Datenverarbeitung für das Land. Die Kontrolle der weiteren Entwicklung der EDV, die Auswertung und Umsetzung der Berichte des Datenschutzbeauftragten und die Unterstützung des Bestrebens des Datenschutzbeauftragten, die Privatsphäre des Bürgers zu schützen, stehen dabei im Vordergrund.

In der bisherigen Arbeit des Datenverarbeitungsausschusses wurde deutlich, daß man sich nicht in Konkurrenz zum Datenschutzbeauftragten - Übrigens auch einer hessischen Besonderheit, die bisher beispielhaft auf internationaler Ebene ist - fühlt. Der Ausschuß wird sich neben den bisher erwähnten parlamentarischen Kontrollen auch der Aufgabe widmen, die Bedeutung der EDV verständlicher in der Öffentlichkeit darzustellen und ihren effektiven Einsatz zu überwachen, um dem Bürger zu verdeutlichen, wie weit der Einzug der EDV in den Alltag bereits fortgeschritten ist.

Der Bürger muß wissen, daß durch die verantwortungsbewußte Arbeit des Landtagsausschusses die Vertraulichkeit persönlicher Daten voll gewahrt wird. Qualifizierte parlamentarische Tätigkeit demokratischer Parteien wird dafür sorgen, daß die Schreckensvisionen aus George Orwells "1984" vom total verwalteten und überwachten Menschen im Reich der Phantasie verbleiben.

(-/ 9.4.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller